

# C. Entscheide des Bundesgerichtes

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozialversicherungswesens**

Band (Jahr): **54 (1957)**

Heft (6)

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Entscheide

auf dem Gebiete des eidgenössischen u. kantonalen Fürsorgewesens  
insbesondere des Konkordates betr. wohnörtliche Unterstützung

Beilage zur Zeitschrift „Der Armenpfleger“

---

Redaktion: H. WYDER, Fürsprecher, Vorsteher der Abteilung Auswärtige Armenpflege der Direktion des Fürsorgewesens des Kantons Bern. Verlag u. Exped.: ART. INSTITUT ORELL FÜSSLI AG, ZÜRICH  
Nachdruck ist nur unter Quellenangabe gestattet

---

20. JAHRGANG

Nr. 6

1. JUNI 1957

---

## C. Entscheide des Bundesgerichtes

**17. Internationale Armenpflege. Rückerstattung von Armenunterstützungen und Unterstützungspflicht von Verwandten im Rahmen des Schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrages.** – In Art. 6 Abs. 3 des Niederlassungsvertrages zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich vom 13. Nov. 1909 wird eine materielle Norm über die Rückerstattungspflicht nicht aufgestellt, und es wird dem Fürsorgeverband ein Rückerstattungsanspruch für Armenunterstützungen gegen den Angehörigen des Vertragspartners (sei dieser Erbe oder Unterstützungspflichtiger) nicht gewährt; die Klausel besagt nur, daß auch dem ausländischen Armenverband die zivilprozessualen Rechtsbehelfe, die im Inland zur Verfügung stehen, offen bleiben sollen. – Beschwerden von Privatpersonen (oder von Staaten, die mit der Beschwerde wie ein Privater auftreten) wegen Verletzung von Staatsverträgen sind vom Bundesgericht zu beurteilen.\*

5. Schließlich rügt der Beschwerdeführer, daß das Appellationsgericht unter Verletzung der ihm gemäß § 18 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege obliegenden Pflichten, von Amtes wegen die materielle Wahrheit zu ermitteln, den Antrag bei den deutschen Behörden, über die Reziprozität eine Auskunft einzuholen, übergangen habe. Behauptet wird dabei freilich bloß, im kantonalen Verfahren sei ausgeführt worden, der schweizerische Fürsorgeverband könne mit Ersatzansprüchen, welche er aus der Unterstützung eines Deutschen erworben habe, deutsche Behörden in gleicher Weise wie der deutsche Fürsorgeträger, der seine Rechte gemäß § 25 der deutschen Verordnung über die Fürsorgepflicht im Rechtsweg durchsetzen müsse, «befassen». Es wird nicht geltend gemacht, daß diese Rechte von den deutschen Behörden auch anerkannt würden. Die Rüge ist aber auch materiell unbegründet, weil das Appellationsgericht untersucht hat, welcher Art der Erstattungsanspruch der deutschen Behörden sei, um dann festzustellen, daß die Reziprozität nicht gegeben sei. Der behauptete Mangel wäre schließlich dadurch behoben, daß der Beschwerdeführer im bundesgerichtlichen Verfahren Gelegenheit hatte, von seiten der deutschen Behörden das Material zu beschaffen, das zur nähern Klärung der Rechtsfrage beizutragen geeignet war, und daß er die beiden Gutachten des Max-Planck-Institutes für ausländisches und internationales Privatrecht und des gleichnamigen Institutes für ausländisches öffentliches und Völkerrecht zu den Akten legen konnte, die beide die Rechtsauffassung des Beschwerdeführers nicht teilen.

---

\* Fortsetzung aus Nr. 5, S. 37 ff.

6. Im kantonalen Verfahren hatte sich der Beschwerdeführer für die Pflicht des Beschwerdegegners zur Erstattung der seinem Vater geleisteten Unterstützungsbeiträge auch auf dessen Eigenschaft als Erbe des Unterstützten berufen. Der Anspruch des Gemeinwesens auf Rückerstattung gegenüber dem Unterstützten oder dessen Erben ist aber sowohl nach dem schweizerischen (BGE 76 II 113) wie nach dem deutschen Recht (Gutachten des Institutes für internationales Privatrecht S. 2) öffentlich-rechtlicher Natur und könnte, wiederum nach dem Gutachten, vor den Gerichten des Partnerstaates nicht durchgesetzt werden. Zudem würde es bei Abweisung eines solchen Anspruches durch eine kantonale Behörde an der Legitimation des Beschwerdeführers zur staatsrechtlichen Beschwerde fehlen, weil er damit nicht als Privatrechtssubjekt, sondern als Träger öffentlich-rechtlicher Befugnisse auftreten würde. Schließlich wird in der Beschwerde eine Verfassungsverletzung nicht damit begründet, daß das Appellationsgericht die Rückerstattungspflicht aus diesem Grunde abgelehnt habe.

*Demnach erkennt das Bundesgericht:*

Die Beschwerde wird abgewiesen. (Entscheid des Bundesgerichtes vom 20. Juni 1956.)

## D. Verschiedenes

### Die armenrechtliche Rückerstattungsforderung

unter besonderer Berücksichtigung des solothurnischen Armenfürsorgegesetzes

Von Dr. Otto Stebler, kantonaler Armensekretär, Solothurn

Sowohl in der Sozialfürsorge als auch in der Armenfürsorge kann die allgemein herrschende Tendenz verfolgt werden, daß vorgängig der Beanspruchung öffentlicher Mittel, seien es Fürsorgebeiträge oder Armenunterstützungen, die privatrechtliche Unterhalts- oder Unterstützungspflicht geltend zu machen ist. In gleicher Weise verhält es sich mit den bezogenen Armenunterstützungen. Man betrachtet es als eine selbstverständliche Pflicht, daß, wer Armenunterstützung bezogen hat und später wieder in günstige finanzielle Verhältnisse gelangt, seine Unterstützungen nach Möglichkeit wieder zurückbezahlt. In Befolgung dieses Grundsatzes haben fast alle Schweizerkantone diese Rückerstattungspflicht in ihren Armenfürsorgegesetzen gesetzlich verankert. So bestimmt § 44 des solothurnischen Armenfürsorgegesetzes (AFG):

«Dem Staat und jeder Gemeinde, die im Sinne der vorstehenden Bestimmungen Unterstützungen geleistet haben, steht zunächst dem Unterstützten gegenüber ein Rückforderungsrecht für die aufgewendeten Beiträge zu. Diese Schuld ist unverzinslich und unverjährbar. Sie wird fällig, sobald erwiesen ist, daß die unterstützte Person Vermögen besitzt oder mit Hinterlassung von Vermögen gestorben ist. Die Rückforderung für Erziehungskosten sind indessen derjenigen Person gegenüber, für welche dieselben aufgewendet wurden, zu keiner Zeit zulässig.

Ebenso sind dem Staat und der Gemeinde rückerstattungspflichtig die nach den Bestimmungen des Zivilrechtes unterstützungspflichtigen Verwandten des Unterstützten. Notwendige Fürsorge darf aber mit dem Hinweis auf das Vorhandensein zivilrechtlich unterstützungspflichtiger Verwandter weder verzögert noch verweigert werden.

Streitigkeiten über die Rückerstattungspflicht entscheidet der ordentliche Richter im summarischen Verfahren gemäß §§ 3 und 4 EG zum ZGB. Wohnt der Beklagte außerhalb des Kantons, so ist der Richter am Orte der Erfüllung oder am Orte der Entstehung des Rückforderungsanspruches zuständig.»